Nr. 69

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

7. November 2014
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Einschränkung des Streikrechts: Ein Angriff auf alle Arbeitenden

Keiner ist zuletzt so sehr von Politikern, Unternehmern, Journalisten beschimpft und verleumdet worden wie die streikenden Lokführer. Warum? Gerade weil die Lokführer für Forderungen eintreten, die im Interesse aller Arbeitenden sind. Sie kämpfen für mehr Lohn. Für mehr Personal, weniger Überstunden und Stress. Und für das Recht jedes Arbeitenden, selber zu entscheiden, welche Gewerkschaft ihn vertritt und mit welcher Gewerkschaft er streikt – ein Recht, das die Regierung gerade allen Arbeitenden wegnehmen will.
Mehr noch verflucht man sie, weil sie nicht nur lieb bitten, sondern für ihre Forderungen Druck machen – mit dem Druckmittel, dass die Arbeiter haben: dem Streik.

Nein, die Herrschenden stört am Streik nicht, dass Fahrgäste Probleme haben, weil keine S-Bahn fährt. Das stört sie ja auch sonst nicht! Die Regierung selber hat schließlich mit dem Abbau von über 200.000 Arbeitsplätzen dafür gesorgt, dass bei der Bahn ständig Fahrgäste auf verspätete Züge warten, ihre Anschlüsse verpassen oder in defekten Zügen festsitzen.

Was sie so empört, ist dass die Lokführer es wagen, für ihre Forderungen zu streiken. Dass sie alle spüren lassen, welche wichtige Rolle die Arbeitenden haben. Dass ohne die Arbeitenden – ob bei der Bahn, einem Autozulieferer oder im Kraftwerk – in kürzester Zeit ganze Bereiche der Wirtschaft still stehen.

Die Herrschenden sind so gewohnt daran, dass sie alleine, mit 30 Leuten in einem Aufsichtsrat, alles entscheiden können; dass sie nur aus Profitgier Standorte stilllegen oder verkaufen, Arbeiter entlassen, Löhne senken, befristet einstellen können, wie sie wollen. Sie können und wollen nicht ertragen, dass Arbeitende mal nicht alles schlucken, sondern dass die Arbeitenden eigene Forderungen aufstellen und sich wehren. Und erst recht nicht, dass sie dafür streiken und Betriebe lahmlegen.

Deshalb wollen sie ihnen auch das Streiken so schwer wie möglich machen. Auch das geplante Gesetz zur „Tarifeinheit“, gegen das sich die Lokführer wehren, soll dazu dienen. Kommt dieses Gesetz durch, dann gilt nämlich bald: Wenn es in einem Betrieb zwei Gewerkschaften gibt und diese sich nicht die Berufe untereinander aufgeteilt haben, dann darf nur noch die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern Tarifverhandlungen führen und zu Streiks aufrufen. Der kleineren Gewerkschaft, zum Beispiel der Gewerkschaft der Lokführer, wäre dann jeder eigene Streik verboten.

Die Regierung behauptet, sie wolle nur verhindern, dass es zum Beispiel für Lokführer bei der Bahn zwei verschiedene Tarifverträge gibt, je nachdem in welcher Gewerkschaft sie sind. Was für Heuchler! Wenn es ihr damit ernst wäre, dann würde sie nicht seit Jahren massiv Leiharbeit und Subfirmen fördern. Dadurch haben die Arbeiter schließlich längst zig unterschiedliche Tarifverträge in einem Beruf und einer Firma.

In Wahrheit ist ihr Gesetz ein Angriff auf das Streikrecht aller Arbeitenden. Es wird sicher einige Unternehmer dazu ermutigen, eine unternehmerfreundliche Gewerkschaft in ihrem Betrieb stark zu machen. Denn sobald diese auch nur ein Mitglied mehr hat als die andere Gewerkschaft, kann sie dann für alle Arbeitenden Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten und sonstige Verschlechterungen unterschreiben. Und jede Gewerkschaft und jeder Arbeitende, der sich dagegen wehren will und streikt, streikt illegal.

Für die Unternehmer ist dieses Gesetz zur „Tarifeinheit“ außerdem nur der erste Schritt. Sie haben schon die nächste Maßnahme gefordert: In Einrichtungen, die für die Firmen zentral sind (Transport, Verkehr, Energieversorgung), wollen sie Streiks am liebsten komplett verbieten – „um in Zeiten der Krise die Wirtschaft nicht unnötig zu belasten“.
In was für Zeiten leben wir denn? Bald ist dann jeder Streik, jede Forderung von uns eine „unzumutbare Belastung“.

Man kann nun wirklich nicht behaupten, dass es in Deutschland in den letzten Jahrzehnten so viele Streiks gegeben hätte. Und dennoch, wie ein Gespenst verfolgt die Kapitalisten dieser Gedanke.

Denn sie wissen, dass sie in ihrer Krise alle Arbeitenden immer härter angreifen werden, um ihre Profite zu erhalten. Und ihnen ist bewusst, dass nur eines sie daran hindern kann: Wenn die Arbeitenden die Wut packt und sie die Fließbänder und Maschinen, Züge und Flugzeuge, Gabelstapler und Kassen anhalten.

Dann nämlich kehrt sich von einer auf die andere Sekunde das Kräfteverhältnis um. Dann sind die Kapitalisten und die Regierungen hilflos den Arbeitenden ausgeliefert – und nicht mehr umgekehrt. Dann sind es die Arbeitenden, die Bedingungen stellen und ihre Forderungen durchsetzen können.

Sie werden daher versuchen, uns Streiks möglichst zu erschweren und unsere Rechte weiter einzuschränken, um uns einfacher auszupressen. Doch egal wie viel Mühe sie sich geben. Irgendwann kommt der Punkt, an dem die Kapitalisten eine Verschlechterung zu viel verlangen und sich die heutige Angst und Ohnmacht der Arbeitenden in Wut verwandelt. Und an dem Tag wird auch kein Streikverbot sie aufhalten.

25 Jahre nach dem Fall der Mauer:

25 Jahre der enttäuschten Hoffnungen

Wer es miterlebt hat, der erinnert sich noch an das Erstaunen, die Begeisterung, die Welle von Hoffnung, die der Fall der Mauer vor 25 Jahren ausgelöst hat – eine Mauer, die so fest und ewig schien wie das ganze Regime der DDR, und die plötzlich nur noch ein harmloser Haufen Steine war.

Vielen schien der Fall der Mauer das Symbol für den Beginn einer neuen Zeit zu sein: Freiheit statt Stacheldraht und Grenzposten; Frieden statt Kalter Krieg; Demokratie statt Angst und Unterdrückung… weltweit. 25 Jahre später kann man sich das kaum noch vorstellen – so wenig haben sich diese Hoffnungen erfüllt.

Der Fall der Mauer war der Anfang vom Ende des DDR-Regimes; das Ende der Diktatur der Partei. Doch war das, was danach kam, etwa keine Diktatur?

An die Stelle der Parteibonzen sind Konzernchefs getreten, die nun über das Leben der Menschen entscheiden – Konzernchefs, die niemand gewählt hat und niemand kontrollieren kann. Und die 500km entfernt an einem Schreibtisch einfach entschieden, die DDR-Betriebe auszuschlachten, zu schließen und alle Beschäftigten zu entlassen.

Über eine Million Arbeitende der DDR sind so innerhalb von wenigen Jahren in die Arbeitslosigkeit geschleudert worden. Eine Arbeitslosigkeit, die bis heute Leben und Klima in Ostdeutschland beherrscht. Eine Arbeitslosigkeit, die viele demokratische Rechte ausgehöhlt hat. Denn kann man es Meinungsfreiheit nennen, wenn sich bei der extrem hohen Arbeitslosigkeit jeder gut überlegen muss, ob er auf der Arbeit den Mund aufmacht… weil er damit vielleicht seinen Arbeitsplatz aufs Spiel setzt?

Kann man es Reise-„Freiheit“ nennen, wenn sie sich für viele in den Zwang verwandelte, aus Ostdeutschland auszureisen, um irgendwo anders Arbeit zu finden? Oder wenn man sich Urlaube im Ausland einfach nicht leisten kann – genau wie viele andere Waren, die es jetzt zwar im Überfluss gibt, aber ohne das Geld dazu.



1989: Voll Freude erklimmen die Menschen die endlich geöffnete Mauer in Berlin.

2014: Flüchtlinge versuchen, die Mauer an einer Außengrenze der EU zu erklimmen. Viele sterben.

Jedes Jahr sterben an den Grenzen der EU mehr Flüchtlinge als an der Berliner Mauer in 40 Jahren.

In den 25 Jahren hat sich diese Lage kaum verändert. Wie auch? Die Arbeitenden in Ostdeutschland sind in eine kapitalistische Wirtschaft geraten, die weltweit tief in der Krise steckt. In der die Konzerne und ihre Staaten nirgendwo mehr großartig etwas aufbauen und entwickeln, sondern nur noch an die kurzfristigen Profite denken. Profite, für die sie aus den bestehenden Betrieben und den Arbeitenden alles herauspressen, was sie können. Und für die man die öffentlichen Kassen plündert, sodass für andere Dinge dann „kein Geld“ mehr da ist.

Ja, was haben die westlichen Politiker über die Schlaglöcher und maroden Gebäude der DDR die Nase gerümpft! Und wie symbolisch ist es für den Zustand ihrer Wirtschaft, dass heute manche Straßen und Schulgebäude zum Beispiel im Ruhrgebiet gut in die späten Jahre der DDR gepasst hätten.

Welch ein Symbol ist es erst, dass die kapitalistische Gesellschaft in den letzten 25 Jahren keine andere Antwort auf ihre Krise gefunden hat, als selber neue Mauern zu bauen!

Für die eine Grenzmauer, die 1989 eingerissen wurde, sind dutzende andere entstanden – unüberwindlicher und mörderischer. Man denke nur an die Außengrenzen der EU: Jede Woche (!) sterben bei dem Versuch, die Grenze des Mittelmeers zu überwinden und in die EU zu flüchten, mehr Flüchtlinge, als in 40 Jahren DDR zusammen.

Und wie viele neue Grenzen sind entstanden, die die Völker in Europa zerschneiden und gegeneinanderstellen: in Jugoslawien, in der Ukraine… Wie viele rückschrittliche politische Kräfte sind stärker geworden, die noch höhere Mauern und noch mehr Grenzen fordern, die gar einzelne Landstriche wie Flandern in Belgien oder Katalonien in Spanien abtrennen oder die EU auflösen wollen.

Ganz zu schweigen davon, dass der Kapitalismus in seiner Krise einen Krieg nach dem anderen hervorbringt, von der Ukraine bis nach Afghanistan, ja ganze Kontinente in einen dauerhaften Kriegszustand versinken lässt.

Das ist die Bilanz von 25 Jahren Kapitalismus – eine Bilanz, die sie selbst mit den schönen, nostalgischen Bildern des Mauerfalls und den großen Worten von „westlicher Freiheit und Demokratie“ nicht mehr verschleiern können.

Denn wenn der Kapitalismus im letzten Vierteljahrhundert eines offen vor Augen geführt hat, dann dass auch er ein Fossil ist, das der Menschheit keinerlei Zukunft mehr zu bieten hat.

Und wie jedes Regime, das marode und perspektivlos ist, wird es zwangsläufig gestürzt werden… selbst wenn es noch so ewig und unveränderbar scheint. Und das ist vielleicht die wichtigste Lehre aus 1989.

Kobane: Was die Kurden (nicht) von den USA zu erwarten haben



Düsseldorf: 20.000 Menschen fordern, dass die Türkei ihre Grenze zu Syrien öffnet, damit die kämpfenden Kurden in Kobane Verstärkung bekommen können

Erneut haben am Wochenende tausende Kurden in Köln und Düsseldorf demonstriert, um auf die Lage der Kurden im syrischen Kobane an der türkischen Grenze aufmerksam zu machen. Seit Wochen schon leisten dort die kurdischen Kämpfer mit dem Rücken zur Wand Widerstand, versuchen mit allen Kräften, den Vormarsch der zahlreicheren und besser bewaffneten Milizen des Islamischen Staat (IS) zu stoppen.

Doch während die kurdischen Milizen im Irak – die Peschmerga – von den USA und Deutschland mit Waffen versorgt und unterstützt werden, erhalten die Kurden in Kobane… nichts. Das höchste der Gefühle war, dass die Türkei ganzen 150 irakischen Peschmerga-Kämpfern erlaubte, über die Türkei nach Kobane einzureisen.
Denn der türkische Staat führt selber seit über dreißig Jahren einen blutigen Unterdrückungskrieg gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung in der Türkei. Daher hat er absolut keine Lust, dass direkt hinter der Grenze in Syrien eine starke, bewaffnete kurdische Macht entsteht. Im Gegenteil, die türkische Regierung hofft, dass die kurdischen Kämpfer sich im Kampf gegen den IS aufreiben und nach Möglichkeit daran selber zugrunde gehen.

Und die USA? Für die ist der Kampf der Kurden gegen den IS zwar die Rechtfertigung für ihren Krieg. Sie sagt: „Seht, wie die Kurden sich gegen den IS verteidigen. Wir müssen sie in ihrem Kampf für ihre Freiheit unterstützen und deshalb Krieg in Irak und Syrien führen.“ Doch in Wahrheit führt die USA den Krieg aus ganz anderen Gründen: Ihr geht es wie immer einzig darum, ihren Einfluss und den Zugang zu den wichtigen Ölquellen in der Region nicht zu verlieren. Und Kobane macht deutlich, wie wenig sie das Los der Kurden in Wahrheit interessiert. Sobald ein strategisch wichtiger Verbündeter wie die Türkei dadurch Unannehmlichkeiten bekommen würde, lässt sie die kurdische Bevölkerung fallen wie eine heiße Kartoffel. Wenn die kurdische Bevölkerung auf eines nicht zählen kann, dann auf eine ehrliche und ernsthafte Unterstützung der USA.

Ja, die USA findet es sehr schön, dass die Kurden für sie quasi die Bodentruppen sind, die die USA in ihrem Krieg selber nicht einsetzen will. Dass so die kurdischen Kämpfer vor Ort ihr Leben riskieren und verlieren, während sich die USA darauf beschränken kann, aus sicherer Entfernung Bomben zu schmeißen.

Doch mehr als Kanonenfutter sind die kurdischen Kämpfer für sie nicht. In was für Situationen sie die Kurden damit bringt, auch gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen der Region, und was in den nächsten Jahren aus ihnen wird, das ist der USA vollkommen gleichgültig.

Genau das ist seit Jahrzehnten ihre Politik in dieser Region: Heute stützen sich die USA auf die Kurden, um den IS zu bekämpfen. So, wie sie sich vorher auf IS-Milizen gestützt hat, um Syriens Diktator Assad zu bekämpfen. Und wie sie sich morgen auf die nächsten Gruppen stützen wird.
Sie hetzt nach und nach jede Bevölkerungsgruppe gegen die anderen auf. Mit dem einzigen Ziel, diese Länder und vor allem deren schwarzes Gold unter ihrer Kontrolle zu halten.

So wird man reich!

Wer ist in diesem Jahr die drittreichste Familie in Deutschland geworden? Die Familie Schaeffler. Dieselbe, die noch vor sechs Jahren angeblich Pleite war.

2008 hatte die Schaeffler-Gruppe 23 Millarden Euro Schulden gemacht und den Continental-Konzern aufgekauft. Dann hat Schaeffler erklärt, sie seien bankrott, und damit alle erpresst: Zwei Continental-Werke wurden geschlossen, tausende Arbeiter verloren ihren Job, an allen Standorten wurden Löhne gekürzt… und der Staat half bei den Banken aus. So haben die Arbeitenden teuer die Schulden bezahlt, die Schaeffler für die Übernahme des viel größeren Continental-Konzerns gemacht hat. Und die Schaefflers haben sich seitdem dumm und dämlich verdient.
Auf diese Weise sind die Schaefflers zur drittreichsten Familie geworden… während ihre entlassenen Arbeiter zum Teil noch heute Leiharbeiter oder arbeitslos sind, mit lebenslänglich Armut.

Wo sind die 28 Euro?

Es war ja schon nicht viel. Aber selbst die 28 Euro Mütterrente pro Kind haben Millionen Rentnerinnen vergeblich auf ihrer Abrechnung gesucht. Was die Regierung nämlich vorher nicht gesagt hat: Witwen mit Witwenrente bekommen nur 17 Euro, oder auch nur 10 Euro, wenn sie Steuern zahlen müssen. Weitere Hunderttausende bekommen nicht einen Cent. Wer so wenig Rente hat, dass er auf Grundsicherung angewiesen ist, dem wird die Mütterrente komplett von der Grundsicherung abgezogen. Gerade die ärmsten Rentnerinnen sind genauso arm wie vorher.

Da noch von einer „sozialen Wohltat“ und einem „großzügigen Geschenk“ zu sprechen, wie es Merkel tut, ist wirklich eine Verhöhnung von Millionen Rentnerinnen. Und jetzt behauptet die Regierung sogar noch dreist, nach diesem „großzügigen und teuren Geschenk“ an die Rentner habe sie nun wirklich kein Geld mehr und müsse dringend ans Sparen denken.
Ja, das ist ihr wahres Geschenk an die Rentner: dass die Regierung sie zum Sündenbock für ihre nächsten Sparmaßnahmen macht.

Amazon: Zusammenhalt macht stärker

Erneut haben über 2.000 Beschäftigte von Amazon für bessere Löhne, Arbeitsbedingungen und unbefristete Verträge gestreikt.
Bei den ersten Aktionen vor über einem Jahr waren sie ein paar hundert Streikende an zwei Standorten. Doch seitdem bemühen sie sich, ihre Streiks auszuweiten und sich gegenseitig zu unterstützen.
So fuhren im September 200 Streikende aus Rheinberg zum Standort Werne, wo dann zum ersten Mal 100 Kollegen mit in den Streik traten. Mit dem Erfolg, dass im Oktober über 2000 Arbeitende an fünf Standorten mitgemacht und den dreitägigen Streik spontan auf fünf Tage verlängert haben.

Noch immer bemüht sich Amazon so zu tun, als hätten die Streiks absolut keine Auswirkungen. Doch die Streikenden sehen, wie viele LKWs verspätet geladen werden, wie sich die Auslieferungen verzögern und Amazon zeitweise seinen Premiumversand (Lieferung innerhalb von 24 Stunden) nicht mehr anbieten konnte.
Und vor allem hat die Erfahrung, mit mehreren hundert Kollegen gemeinsam der Werksleitung die Stirn zu bieten, das Klima im Betrieb verändert. Ihre Streikaktionen haben die Permanent-Überwachung, die extreme Einschüchterung und Angst aus dem Arbeitsalltag verbannt. Und allein damit haben die Arbeitenden schon gewonnen!



Streikende von Amazon Rheinberg unterstützen ihre Kollegen in Werne

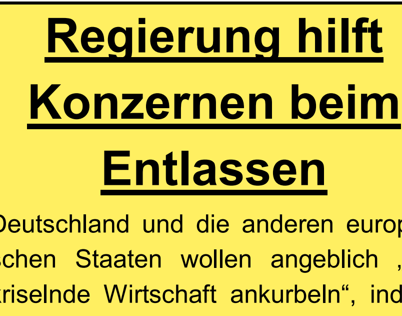
Der Null-Euro-Job

Arbeiten für null Euro Stundenlohn? Das hat letzte Woche das Landesarbeitsgericht in Hamm erlaubt. Und alle Unternehmer-Herzen haben aufgelacht. Ja, das Gericht fand es völlig in Ordnung, dass eine junge Frau als „Praktikantin“ 8 Monate lang in einem Supermarkt wie eine normale Vollzeitkraft geschuftet hat, ohne dafür einen Cent zu bekommen.
Das Arbeitsgericht Bochum hatte zunächst anders entschieden und Rewe zu 17.000 Euro Lohn-Nachzahlung verurteilt. Doch die Supermarktkette hat Widerspruch eingelegt und wurde erhört: Das Praktikum sei eine „berufsvorbereitende Maßnahme“ gewesen und wenn überhaupt, dann bekomme man in der Zeit ein paar Euro von der Arbeitsagentur.
Auch in Zukunft haben die Unternehmer also einen Freifahrtschein, Arbeiter ganz ohne Bezahlung auszubeuten und stattdessen das Amt blechen zu lassen… „im Namen des Volkes“…

Übrigens hat die Regierung dafür gesorgt, dass auch das Mindestlohn-Gesetz für solche Praktika nicht gilt. Die Kapitalisten können sich also beruhigt zurücklehnen: Auf die Regierung, die die Gesetze macht und die Gerichte, die nach ihnen urteilen, ist Verlass.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org



Regierung hilft Konzernen beim Entlassen

Deutschland und die anderen europäischen Staaten wollen angeblich „die kriselnde Wirtschaft ankurbeln“, indem sie den Konzernen noch mehr Geld schenken. Über milliardenschwere Konjunkturprogramme einerseits. Und vor allem dadurch, dass sie seit vielen Monaten über die Europäische Zentralbank (EZB) – unbegrenzt und kostenlos – Geld an alle Banken und über sie an die Konzerne verleihen.

Und was machen die Konzerne mit dem vielen Geld? Der Handy-Konzern Telefonica (O_2) hat 8,5 Milliarden Euro genommen und E-Plus aufgekauft. Und nun will Telefonica die Fusion von O_2 und E-Plus nutzen, um fast jeden fünften Arbeitenden zu entlassen! In Düsseldorf und anderen deutschen Standorten sollen insgesamt 1.600 - 2.000 Beschäftigte ihre Arbeit verlieren.

Die anderen Konzerne machen es genauso: Siemens kauft gerade für 6 Milliarden Euro den Dresser-Rand-Konzern, der Chemiekonzern Merck für 13 (!) Milliarden den Konkurrenten Sigma-Aldrich. Und immer sollen bei den Fusionen in großem Ausmaß Arbeitsplätze vernichtet und Standorte geschlossen werden.

So also kurbelt die Regierung die Wirtschaft an: Sie plündert die ohnehin schon leeren Kassen noch mehr und schenkt das Geld den Konzernen, die dann mit diesem Geld… die Arbeitsplätze vernichten.